

AMNESTY INTERNATIONAL

Media Briefing

Palestinian Authority:
 Hamas' deadly campaign in the shadow of the war in Gaza

AI Index: MDE 21/001/2009
 10 February 2009

Palästinensische Autonomiebehörde: Tödlicher Feldzug der Hamas gegen „Kollaborateure“

Seit Ende Dezember 2008, während und nach der israelischen Militäroffensive, bei der rund 1.300 Palästinenser – größtenteils Zivilisten – getötet wurden, haben Truppen und Milizen der Hamas im Gazastreifen einen Feldzug gegen Personen eingeleitet, die sie der „Kollaboration“ mit Israel bezichtigen, aber auch gegen ihre Widersacher und Kritiker in den palästinensischen Reihen. Im Zuge dieses Feldzugs begehen Hamas-Kämpfer Entführungen, vorsätzliche und ungesetzliche Tötungen und Folterungen. Zudem drohen sie weitere Morde an.

Mindestens 24 Männer wurden in diesem Zeitraum von Hamas-Schützen getötet. Vielen anderen schossen Hamas-Angehörige in die Beine oder die Kniescheiben. Einigen hat man vorsätzlich Verletzungen zugefügt, die eine dauerhafte Behinderung nach sich ziehen sollen. Manche der Betroffenen wurden so brutal geschlagen, dass sie mehrfache Knochenbrüche und weiteren Verletzungen erlitten, oder man hat sie auf andere Weise gefoltert oder misshandelt.

Die Zielgruppe dieses tödlichen Feldzugs der Hamas umfasst ehemalige Häftlinge, denen eine „Kollaboration“ mit der israelischen Armee vorgeworfen wurde und die aus dem Zentralgefängnis von Gaza geflohen waren, als die israelischen Streitkräfte das Gebäude am 28. Dezember 2008 bombardierten, und außerdem frühere Angehörige der Sicherheitskräfte der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) und andere Aktivisten der Fatah-Partei von PA-Präsident Mahmoud Abbas.

Die Hamas begann ihren Feldzug kurz nach Beginn der dreiwöchigen israelischen Militäroffensive gegen den Gazastreifen am 27. Dezember 2008 und setzte ihn nach der am 18. Januar 2009 in Kraft getretenen Waffenruhe weiter fort.

Die meisten Opfer waren von Zuhause entführt und später tot oder verletzt in einer abgelegenen Gegend aufgefunden worden, oder man fand sie im Leichenschauhaus eines der Hospitäler des Gazastreifens wieder. Einige wurden auch im Krankenhaus erschossen, während sie sich zur Behandlung von Verletzungen dort aufhielten, die sie durch die Bombardierung der zentralen Haftanstalt des Gazastreifens davongetragen hatten. Die jeweiligen Täter bei diesen Attacken gaben sich keine Mühe, ihre Waffen zu verbergen oder möglichst nicht aufzufallen, sondern bewegten sich ganz im Gegenteil in freimütiger und selbstsicherer – fast schon prahlerischer – Art und Weise.

Zu den Fällen, die Amnesty International untersucht hat, zählt die willkürliche Ermordung dreier Brüder der Familie Abu 'Ashbiyeh. Atef, Mohammed und Mahmoud Abu 'Ashbiyeh aus Jabalia im nördlichen Gazastreifen wurden innerhalb von 24 Stunden getötet, nachdem sie aus dem Zentralgefängnis in Gaza entflohen waren. Einer der Brüder, der 24-jährige Mahmoud, erreichte am Nachmittag des 28. Dezember 2008 das Wohnhaus seiner Familie. Nach einer Stunde kam eine Gruppe bewaffneter Männer dorthin und verschleppte ihn. Stunden später fand man seinen

Leichnam mit Bauch- und Kopfverletzungen im Leichenschauhaus des Kamal-ʿAdwan-Krankenhauses in Beit Lahia im nördlichen Gazastreifen. Die Leichen seiner beiden Brüder Mohammed, 26, und ʿAtef, 39, wurden tags darauf im Leichenhaus des al-Shifa-Krankenhauses in Gaza-Stadt entdeckt. Beide wiesen Schusswunden an Hals, Brust und im Bauchraum auf. Die drei Brüder hatten sich seit März 2008 in Haft befunden und waren der „Kollaboration“ mit der israelischen Armee beschuldigt worden. Zunächst hatte man sie im berühmten Haftzentrum Mashtal nördlich von Gaza-Stadt festgehalten, das der Interne Sicherheitsdienst inzwischen von den früheren Betreibern, der bewaffneten Hamas-Miliz (Izz al-Din al-Qassam Brigaden), übernommen hat.

Am Nachmittag des 28. Dezember 2008 wurde der Mitte 50-jährige Jamal al-Ghandour gegen 16:00 Uhr in seinem Krankenbett im al-Shifa-Krankenhaus vor den Augen seiner Verwandten und anderer Zeugen von unmaskierten Pistolenschützen in Zivilkleidung erschossen. Bei dem Vorfall waren auch uniformierte Angehörige der Sicherheitskräfte der Hamas anwesend, die jedoch nichts unternahmten, um den Mord zu verhindern oder die Täter festzunehmen. Jamal al-Ghandour wurde wegen Verletzungen behandelt, die er sich am Morgen zugezogen hatte, als die israelischen Streitkräfte das Zentralgefängnis von Gaza bombardierten, wo er seit Januar 2008 gemeinsam mit seinem Sohn inhaftiert war. Beide hatte man der „Kollaboration“ mit der israelischen Armee beschuldigt.

Abgesehen von angeblichen „Kollaborateuren“ der israelischen Armee, wurden auch andere Häftlinge aus dem Gazaer Zentralgefängnis mit Schussverletzungen tot aufgefunden, die nach der israelischen Bombardierung aus der Haftanstalt geflohen waren. Unter den Toten war auch der 34-jährige Vater von sechs Kindern, Nasser Mohammed Mhanna, ein Kommandant der als al-Aqsa Märtyrer-Brigaden bekannten bewaffneten Fatah-Miliz. Nasser Mohammed Mhanna verbüßte seit August 2008 eine zweijährige Freiheitsstrafe, weil er an einem Mordkomplott gegen den inzwischen abgesetzten Ministerpräsidenten der Hamas, Ismaʿil Haniyeh, beteiligt gewesen soll. Seine Leiche wurde am Nachmittag des 28. Dezember 2008 in der al-Nafag-Straße in den Außenbezirken von Gaza-Stadt entdeckt. Ihm war aus nächster Nähe in den Kopf und ins Auge geschossen worden.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die oben genannten Personen und viele weitere Opfer von Hamas-Angehörigen und -Milizen entführt, getötet, erschossen bzw. gefoltert wurden. Denn allein diesen ist es erlaubt, mit einem derartigen Handlungsspielraum im gesamten Gazastreifen zu operieren.

Seit der gewaltsamen Übernahme und der darauf folgenden Einsetzung der faktisch regierenden Verwaltung im Gazastreifen durch die Hamas im Juni 2007 brüsten sich die politische Führung der Hamas, ihre Truppen und bewaffneten Milizen damit, anderen bewaffneten palästinensischen Gruppen den Besitz und das Tragen von Schusswaffen untersagt zu haben. Dennoch sind einige militante Gruppierungen, die anderen politischen Faktionen oder diversen Clans angehören, nach wie vor bewaffnet. Sie dürfen aber ihre Waffen in der Öffentlichkeit nicht tragen. Während ihrer verschiedenen Besuche im Gazastreifen stellten Delegationen von Amnesty International fest, dass außer den Mitgliedern der Hamas-Truppen und -Milizen niemand mehr offen seine Waffen zur Schau stellt.

Für einen der Fälle vorsätzlicher Tötungen entschuldigte sich die Hamas mit einer öffentlichen Stellungnahme, die Amnesty International nun vorliegt. Der 37-jährige Hassan al-Hijazi, war am Nachmittag des 7. Januar 2009 von drei maskierten Pistolenschützen aus dem Haus der Familie nördlich von Gaza-Stadt abgeholt worden. Vor der Tür schossen ihm die Männer sofort in die Beine und in die Brust. Seine Leiche ließen sie dann einfach in der Nähe des Hauses liegen. Eine Bekanntmachung der Hamas vom 12. Januar 2009 spricht von der Ermordung Hassan al-Hijazis, Kommandant der Abu ʿAli Mustapha-Brigaden, des bewaffneten Flügels der Volksfront zur

Befreiung Palästinas (PFLP / Popular Front for the Liberation of Palestine). Darin verlautet: „Die Hamas übernimmt die volle Verantwortung für diesen Fehler ... [und] wird die für diesen Akt Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen ... [Sie] spricht der Familie des Märtyrers al-Hijazi ihr Beileid aus“.

In einem weiteren Fall entschuldigte sich die politische Führung der Hamas Berichten zufolge bei der Familie des 51-jährigen Jameel Shafiq Shaqqura. Er starb am 6. Februar 2009 offenbar infolge der Folter, der er in Gewahrsam der Internen Sicherheitskräfte der Hamas in Khan Yunis im südlichen Gazastreifen am 30. Januar 2009 unterzogen worden war.

Etliche weitere Opfer von Entführungen und anderen Übergriffen durch Hamas-Kräfte und bewaffnete Milizen im gesamten Gazastreifen haben schlichtweg zuviel Angst, um öffentlich über das Erlebte zu berichten. Sie befürchten, ihr Leben dadurch noch mehr in Gefahr zu bringen. Amnesty International hat die Aussagen einiger dieser Opfer gesammelt. Die Namen und persönlichen Daten der Personen werden jedoch zu deren Schutz zurückbehalten. Bei den meisten der Betroffenen handelt es sich um frühere Angehörige der Sicherheitskräfte der PA. Im Folgenden finden sich einige ihrer Aussagen, die so auch von medizinischen Stellen und Augenzeugen bestätigt wurden.

A: „Morgens am 20. Januar kamen bewaffnete Hamas-Leute zu mir nach Hause, aber ich war nicht da. Sie gingen fort, um mich im Haus meiner Verwandten zu suchen, aber sie fanden mich nicht. Sie waren gerade wieder zu meinem Haus zurückgekehrt, als auch ich dort eintraf. Sie waren maskiert, aber ich konnte noch ihr Fahrzeug sehen, bevor sie mir die Augen verbanden. Sie verfrachteten mich in den Wagen und fuhren zu einem Ort in der Nähe. Dort prügeln sie massiv auf mich ein, und dann schossen sie mir von hinten in das rechte Knie“.

Der Vater von A. hatte versucht, gegen die Verschleppung seines Sohnes zu protestieren und wurde von denselben Schützen in den Bauch geschossen. Er schwebt aber nicht in Lebensgefahr. A. hätte zu einer medizinischen Behandlung ins Ausland reisen sollen, doch die de facto regierende Hamas-Administration hat ihn daran gehindert.

S.: „Am 31. Dezember 2008 gegen 4:00 Uhr nachmittags kamen vier maskierte Männer in mein Haus; sie waren mit Kalaschnikows bewaffnet. Sie brachten mich hinter das Haus und sagten kein Wort. Von hinten schossen sie mir in das rechte Knie und dann noch drei Mal in mein linkes Bein. Einer meiner Verwandten versuchte einzugreifen, aber sie drohten, auch ihn durch Schüsse zu verletzen. Als noch weitere Menschen aus der Nachbarschaft erschienen, um zu sehen, was vor sich ging, flohen die Bewaffneten. Vor ein paar Tagen (Ende Januar) kamen die Täter wieder zu meinem Haus und fragten nach mir“.

W.: „Am Abend des 9. Januar 2009 kamen Angehörige der Internen Sicherheitskräfte der Hamas zu meinem Haus und zwangen mich, mit ihnen zu kommen. Etwa 20 Meter vom Haus entfernt schossen sie mir ins Bein und ließen mich blutend am Boden liegen. Mein Bein musste oberhalb des Knies amputiert werden“.

Ein Augenzeuge sagte Amnesty International, dass ein Verwandter von W. zum Ort des Geschehens hinlaufen und eingreifen wollte, als er sah, was dort vor sich ging. Aber die Bewaffneten schossen auf ihn. Sie verfehlten ihn allerdings.

I.: „Am Nachmittag des 26. Januar 2009 kamen etwa zehn bewaffnete Männer zu meinem Haus. Die Hälfte von ihnen waren maskiert, der Rest nicht. Sie sagten, sie gehörten zum Mabatheth [dem Geheimdienst der Internen Sicherheitskräfte]. Sie waren mit einem großen weißen Wagen gekommen. Sie verbanden mir die Augen und verfrachteten mich in das Auto. Sie fuhren mit mir ans Meer. Ich konnte zwar nichts sehen, aber die Wellen hören. Sie stellten mir überhaupt keine

Fragen. Sie sagten nur, dass ich zuviel redete und mich in Dinge einmischte, die mich nichts angingen. Dann schlugen sie mit Metallstangen auf meinen ganzen Körper ein und überließen mich dem Tod“.

I. trug drei Knochenbrüche im rechten Arm und mehrere Frakturen in beiden Beinen davon, dazu schwere Prellungen am ganzen Körper. Sein Nachbar erzählte Amnesty International, dass einige der Bewaffneten für den Internen Sicherheitsdienst der Hamas arbeiten.

B.: „Am Morgen des 28. Januar 2009 um 8:30 Uhr kam eine Gruppe bewaffneter Männer in einem weißen Minibus zu meinem Haus. Sie brachten mich in eine Gegend südlich von Gaza-Stadt und schlugen mit Metallstangen auf mich ein. Sie sagten, ich sei ihnen im Wege. Sonst nichts“.

Dann ließ man B., der bereits einige Jahre in israelischen Gefängnissen zugebracht hat, mit Frakturen an mehreren Stellen in beiden Armen und in beiden Beinen dort liegen.

N.: „Am 20. Januar 2009 gegen 13:00 Uhr kamen einige bewaffnete Männer der Internen Sicherheit zu unserm Haus und suchten nach mir. Aber ich war nicht zuhause und sie nahmen stattdessen meinen Sohn mit. Also ging ich gleich nach meiner Rückkehr zur Polizeistation, um zu fragen, was sie von mir wollten und um meinen Sohn zurückzubekommen. Ein anderer Verwandter von mir, der gleichzeitig festgenommen worden war, befand sich auch dort. Sie warfen uns alle drei zu einer verlassenen Farm in der Nähe der Polizeistation und schlugen uns. Sie warfen mir vor, Süßigkeiten in der Nachbarschaft verteilt zu haben, um die Ermordung des Innenministers der Hamas, Sa'id Siyam, durch die israelische Armee zu feiern. Ich erklärte ihnen, dass das nicht wahr sei. Dann sagten sie, dass sie mich gehen lassen würden, wenn ich ihnen etwas über die drei Personen erzählte, die die Süßigkeiten verteilt und sich über den Tod von Sa'id Siyam gefreut hätten. Ich sagte ihnen, dass ich keine solche Person kenne und mich wegen der israelischen Bombardierungen die ganze Zeit zuhause aufgehalten habe und nicht wisse, was andere Leute gesagt oder getan haben. Sie beschuldigten uns auch, Berichte nach Ägypten und an die PA im Westjordanland zu schicken. Am Ende ließen sie uns gehen, aber sie befahlen uns, einen Monat lang Zuhause zu bleiben, und sie sagten, dass sie uns erschießen würden, wenn wir über diesen Vorfall redeten“.

Amnesty International hat weitere Aussagen von Aktivisten und Unterstützern der Fatah erhalten, die unter „Hausarrest“ gestellt und von Hamas-Angehörigen und -Milizen bedroht worden sind.

Amnesty-Delegationen, die sich während und nach der dreiwöchigen israelischen Militäroffensive auf einer Recherchereise im Gazastreifen befanden, bemühten sich um ein Treffen mit Mitgliedern der De facto-Hamas-Regierung, um diese und andere Punkte mit ihnen zu besprechen. Für den 1. Februar 2009 war ein Treffen mit Tahar al-Nunu, einem Sprecher der Hamas-Administration, geplant, das er jedoch im letzten Moment absagte. Vor der Abreise der Amnesty-Delegation aus dem Gazastreifen konnte kein weiteres Treffen mehr arrangiert werden.

Amnesty International ist zutiefst besorgt darüber, dass die faktisch regierende Hamas-Verwaltung im Gazastreifen derartige Verbrechen nicht nur beständig ignoriert, sondern sie auch noch rechtfertigt, sogar erleichtert und gar dazu ermutigt, anstatt wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die vorsätzlichen Tötungen und die anderen schweren Verstöße, die von ihren Hamas-Truppen und -Milizen begangen werden, zu stoppen und zu unterbinden.

Auf einer Pressekonferenz am 2. Februar 2009 wies der Sprecher des Innenministeriums der De-Facto-Hamas-Regierung, Ihab al-Ghusein, am Vortag veröffentlichte Berichte palästinensischer Menschenrechtsorganisationen über vorsätzliche Tötungen, Entführungen, Folter und andere Verbrechen durch Hamas-Kräfte und Milizen zurück. Er wurde mit den Worten zitiert, dass: „alle,

die angegriffen worden sind, eine Anzeige erstatten sollten, und falls sie sich fürchten – wie die Fatah behauptet – dann bitte ich sie, sich an mich persönlich zu wenden, und ich werde die Sache in die Hand nehmen“.

Auf derselben Pressekonferenz wurde Tahar al-Nunu mit den folgenden Worten wiedergegeben: „Die Regierung unterscheidet zwischen Verstößen (gegen das Recht) und Aktivitäten, die der Widerstand zu seinem eigenen Schutz vor Kollaborateuren in Zeiten des Krieges unternimmt ... Für die Kollaborateure, die unserem Volk das Messer in den Rücken gestoßen haben, wird es keine Gnade geben“. Solche Worte geben quasi grünes Licht dafür, außerhalb jedes gesetzlichen Rahmens gegen jedwede Person allein aufgrund der vagen Vermutung einer „Kollaboration“ mit der israelischen Armee vorzugehen, und zwar ohne dass man den Betroffenen eine Möglichkeit einräumt, sich gegen diese Anschuldigungen zur Wehr zu setzen.

Es gibt unwiderlegbare Beweise dafür, dass Sicherheitskräfte und Milizen der Hamas für schwere Verstöße gegen die Menschenrechte verantwortlich sind und dass die Opfer solcher Verstöße und viele andere Menschen eingeschüchtert und unter Druck gesetzt werden, damit sie ihre Martyrien nicht zur Anzeige bringen. Die faktisch regierende Hamas-Administration hat gegenüber den grundlegendsten Menschenrechtsnormen eine ungeheure Ignoranz an den Tag gelegt, indem sie es nicht nur zulässt, dass solche Verbrechen verübt werden, sondern diese tatsächlich auch noch dadurch befördert und unterstützt, dass sie den Tätern absolute Straflosigkeit gewährt.

Amnesty International ruft die faktisch regierende Hamas-Administration auf:

- die Entführungen, vorsätzlichen und ungesetzlichen Tötungen, die Folterungen und Morddrohungen, für die Truppen und Milizen der Hamas seit Ende Dezember 2008 verantwortlich sind, sofort zu beenden;
- der Einrichtung einer unabhängigen und unparteiischen nationalen Expertenkommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverstößen durch ihre Truppen und Milizen und durch andere Parteien seit dem Dezember 2008 zuzustimmen und sich dazu zu verpflichten, mit einer solchen Kommission zusammenzuarbeiten und dieser die Ausübung ihrer Aufgabe zu ermöglichen;
- zu garantieren, dass die Opfer und Augenzeugen von Menschenrechtsverstößen wie auch alle anderen, die diese bezeugen oder sich anderweitig darüber beschweren, nicht angegriffen, schikaniert oder eingeschüchtert werden;
- die Ergebnisse und Empfehlungen der Untersuchung zu veröffentlichen und die notwendigen Schritte für Maßnahmen einzuleiten, die diese reflektieren;
- sich dazu zu verpflichten, die für die Verstöße verantwortlichen Täter zur Rechenschaft zu ziehen, ohne dabei auf die Todesstrafe zurückzugreifen, und die entsprechenden Prozesse gemäß den international anerkannten Standards für faire Gerichtsverfahren durchzuführen.